

Familienpolitisches Positionspapier

Das Kolpingwerk Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart fordert mehr Familiengerechtigkeit

Das Kolpingwerk Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart betrachtet die Familie als wichtiges Fundament der Gesellschaft. Deshalb braucht sie die besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge des Staates.

Gerade im Vorfeld der Bundestagswahl verfolgen wir die familienpolitische Diskussion mit großem Interesse. Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, die Familien noch stärker in den Mittelpunkt Ihres Handelns zu stellen und werben für mehr Anerkennung und Solidarität mit Familien.

Die finanziellen Rahmenbedingungen für die Erziehung von Kindern sind von wesentlicher Bedeutung. Diesbezüglich fordert das Kolpingwerk Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart mit folgenden Maßnahmen Verbesserungen in der Familienpolitik:

Umsetzung des Pflegeversicherungsurteils von 2001

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Pflegeversicherungsurteil 2001 dem Gesetzgeber auferlegt, in der Beitragsgestaltung der Pflegeversicherung Versicherte, die Kinder betreuen und erziehen, gegenüber Versicherten ohne Kinder zu entlasten und die Bedeutung des Urteils auch für andere Zweige der Sozialversicherung zu prüfen.

Seit 2005 zahlen Versicherte ab dem 23. Lebensjahr, ohne Kinder, 0,25 Prozent mehr in die Pflegeversicherung ein als Versicherte, die Kinder betreuen und erziehen. Diese Einnahmen werden aber nicht zur geforderten Entlastung von Familien verwendet, sondern fließen direkt in die Pflegekassen. Das Kolpingwerk fordert, mit den zusätzlichen Mehreinnahmen, die Versicherten mit Kindern in den Beiträgen zu entlasten.

Außerdem wurde der Auftrag des Bundesverfassungsgerichts, auch die Familiengerechtigkeit der anderen Sozialversicherungen auf den Prüfstand zu stellen, bisher nicht angegangen. Diese Überprüfung fordern wir hiermit ein. Die aktuell bestehende Gleichbehandlung von Versicherten mit und ohne Erziehungsleistung in der Renten- und Krankenversicherung stellt eine erhebliche Benachteiligung von Familien dar.

Einkommensabhängiges Kindergeld

Das Kindergeld soll vom Einkommen der Eltern abhängig gestaltet werden. Ab einem zu definierenden Einkommen entfällt das Kindergeld. Die dann frei werdenden Gelder sollen die berechtigten Kindergeldempfänger erhalten.

Paritätische Beitragsgestaltung in der gesetzlichen Krankenversicherung

Die finanziellen Lasten müssen solidarisch getragen werden. Derzeit zahlen die Arbeitgeber 0,9 Prozent weniger Beiträge als die gesetzlich Versicherten. Das ist ungerecht und eine einseitige Belastung der Versicherten insbesondere von Familien und Arbeitnehmern im Niedriglohnbereich. Wir fordern die Rückkehr zur paritätischen Beitragsgestaltung.

Echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 10.11.1998 bekräftigt, dass Eltern das Grundrecht auf Wahlfreiheit darüber haben, in welcher Form sie ihre Kinder betreuen und wie sie Beruf und Familie miteinander vereinbaren wollen. Der Gesetzgeber muss deshalb die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Eltern dieses Recht auch ausüben können.

Mit großer Sorge sieht der Diözesanverband die finanzielle Benachteiligung von Familien, die ihre Kinder zu Hause erziehen. Wir fordern ein Elterngeld, welches sich am Mindestlohn orientiert, das bis zu drei Jahren gewährt wird. Außerdem fordern wir einen bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesstätten.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Der Gesetzgeber muss darauf hinwirken, dass die Arbeitgeber die Belange von Vätern und Müttern in ihrer Unternehmensorganisation und Planung stärker berücksichtigen. Ziel muss eine familiengerechte Arbeitswelt und nicht eine arbeitsweltgerechte Familie sein.

Reduzierung der Mehrwertsteuer für Kinderartikel

Es ist ungerecht, dass auf Schnittblumen, Trüffel, Wachteileier, Hotelübernachtungen, Rennpferde, Tierfutter und weitere Luxusartikel der reduzierte Mehrwertsteuersatz in Höhe von sieben Prozent zur Anwendung kommt, während Windeln, Kindersitze, Babykleidung und Schnuller mit 19 Prozent Mehrwertsteuer belegt sind.

Die Reduzierung der Mehrwertsteuer für Kinderartikel ist ein Beitrag für mehr Gerechtigkeit für Familien und würde ihre finanzielle Belastung erheblich reduzieren. Der Bundesrechnungshof hat mehrfach das vorhandene Mehrwertsteuersystem kritisiert und mehr Klarheit, Nachvollziehbarkeit und Steuergerechtigkeit gefordert. Vor allem unter dem Aspekt der Steuergerechtigkeit ist eine Reform des Mehrwertsteuersystems dringend notwendig.

Die genannten Maßnahmen wären ein klares Signal in der Gesellschaft. Sie unterstreichen die Bedeutung und Wertschätzung von Familien und sind ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit in der Familienpolitik und damit zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Stuttgart, 25. Juli 2017

Info: Das Kolpingwerk ist ein katholischer Sozialverband mit etwa 500.000 Mitgliedern in über 60 Staaten. Das Kolpingwerk Deutschland umfasst mehr als 240.000 Mitglieder in mehr als 2.500 Kolpingsfamilien. Darunter 13.000 Mitglieder in 143 Kolpingsfamilien im Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart.